N	Seite
Vorwort	5
Literaturverzeichnis	21
Abkürzungsverzeichnis	23
Kapitel A	
Forderungen der Gemeinde	
I. Privilegierte Forderungen	27
Welche Forderungen sind privilegiert?	
2. Rechtsgrundlage der öffentlichen Last	
a) Öffentliche Grundstückslasten nach Bundesrecht	
b) Öffentliche Grundstückslasten nach Landesrecht	31
c) Öffentliche Grundstückslasten nach Kommunalrecht	32
3. Verlust des Privilegs durch Zeitablauf	37
a) Wiederkehrende Leistungen	37
b) Einmalige Leistungen	39
c) Beiträge als "wiederkehrende Beiträge"	42
4. Grundstücksbezogene Benutzungsgebühren als öffentliche	
Lasten	43
a) Gesetzliche Voraussetzungen	43
b) Privilegierung im Kommunalabgabengesetz	43
c) Was darf zu öffentlichen Lasten i. S. d. § 10 ZVG gezählt	
werden?	47
d) Was sind "grundstücksbezogene Benutzungsgebühren"?	
e) Ist immer eine Änderung der Abgabensatzung erforderlich?	48
f) Was kann die Gemeinde tun, wenn das Vorrecht nicht	
anerkannt wird?	49
g) Rechtsmittel bei falscher Rangfeststellung im Anordnungs-	
beschluss	
h) Rechtsmittel bei falschem geringsten Gebot	
i) Rechtsmittel gegen falsche Erlösverteilung	51

	j) Sofortige Beschwerde gegen den Teilungsplan als bessere	
	Lösung?	52
	k) Rangprivileg durchsetzen!	54
	Sonderfall: Gesamthaft von Wohnungseigentum für grund- stücksbezogene Benutzungsgebühren	54
	5. Risiko bei langer Verfahrensdauer	58
	Fälligkeit und Nebenleistungen	59
II.	Nicht privilegierte Forderungen	61
	Welche Forderungen sind nicht privilegiert?	61
	2. Wie werden sie verfolgt?3. Nicht nach Verwaltungsvollstreckungsrecht verfolgbare	62
	Forderungen	63
	Torderdrigeri	03
	Kapitel B	
	Verfolgung der Gemeindeforderung mittels Grundpfandrecht	
١.	Rangsicherung durch Grundpfandrecht	65
1.		
II.	Grundschuld als Mittel vertraglicher Sicherung	67
III.	Zwangssicherungshypothek als Sicherungsmittel	70
	1. Allgemeine Voraussetzungen	70
	2. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen nach der Zivilprozess-	
	ordnung	74
	a) 750-Euro-Grenze	74
	b) Kein Gesamtrecht	76
	3. Verfolgung der Sicherungshypothek	78
	a) Zwangsversteigerung	78
	b) Keine Anmeldung erforderlich	79
	c) Zwangshypothek und Insolvenz	79
	4. Weiteres Schicksal der Sicherungshypothek	80
	a) Maßnahmen des Verwaltungsgerichts	80
	b) Zahlung des Schuldners	81 81
	c) Pfändung der verdeckten Eigentümergrundschuldd) Duldungsbescheid oder Duldungsklage?	84
	e) Nachweis der gesetzlichen Duldungspflicht durch Bescheid	85
	f) Kein zivilrechtlicher Titel für Verwaltungsvollstreckung	86
	1/ Rem Zivin conditioner riterial verwaltungsvonsdeckung	00

IV.	Kosten der Eintragung	88
	1. Gerichtskosten für die Eintragung	88
	2. Kosten bei verteiltem Gesamtrecht	89
	3. Rechtsbehelfe gegen den Kostenansatz	89
	4. Notarkosten	90
V.	"Bedingte" Sicherungshypothek für öffentliche Lasten	90
	1. Besonderheit	90
	2. Bedingte Sicherungshypothek	91
	3. Voraussetzungen für die Eintragung	93
	4. Rechtsverfolgung aus der bedingten Sicherungshypothek	94
	5. Weiteres Schicksal der bedingten Sicherungshypothek	95
VI.	Rechtsbehelfe	96
	1. Vorbemerkungen	96
	2. Rechtsbehelfe der Gemeinde	97
	3. Rechtsbehelfe des Schuldners	98
	Kapitel C	
	Verfolgung der Gemeindeforderungen in der Zwangsversteigerung	
I.	Geringstes Gebot	99
1.	1. Begriff	99
	Berechnung des geringsten Gebots	99
	a) Suche nach dem bestberechtigten Gläubiger	99
	b) Wer hat einen noch besseren Rang?	100
	c) Bestehenbleibendes Recht	101
	3. Risiken der Gemeinde	103
	a) Verschiedene Gläubiger in Rangklasse 3	103
	b) Gemeinde bringt eigenes im Grundbuch eingetragenes Recht	
	zum Erlöschen	103
	c) Gemeinde hat verschiedene Ansprüche in Rangklasse 3	104
	d) Insolvenzverwalter betreibt die Zwangsversteigerung	
	(§§ 172 ff. ZVG)	104
	e) Risiko, wenn ein Objekt nach WEG versteigert wird	104
	4. Rechtsbehelfe	104
	5. Baulastenverzeichnis	105
	6. Bodenschutzvermerk	106

II.	Anmeldung der Forderung	106
	1. Allgemein	106
	2. Leistungsbescheid	111
	3. Form und Zeitpunkt der Anmeldung	112
	4. Was kann angemeldet werden? (Rangklassen)	114
	a) Grundsteuer	125
	b) Erschließungsbeiträge	126
	c) Gewerbesteuer in Höhe von 45.000 Euro	127
	d) Gewerbesteuer in Höhe von 14.500 Euro	127
	e) Hausgebühren	127
	5. Mehrere Grundstücke	128
	6. Folgen der Anmeldung	128
III.	Versteigerungsantrag – Beitrittsgesuch	129
	1. Allgemein	129
		135
	3. Vollstreckbares Ersuchen und Bezeichnung der Forderung	136
	4. Mehrere Grundstücke	142
	a) Gemeinde will wegen nicht privilegierter Forderung betreiben	142
	b) Gemeinde will wegen privilegierter Forderung betreiben	143
	c) Gemeinde will aus mehreren Zwangshypotheken betreiben	144
	5. Anmeldung oder Beitritt?	145
	6. Sonderfall: Vollstreckung aus einer Grundschuld	146
	7. Kosten	147
	a) Welches finanzielle Risiko besteht für die Kommune?	147
	b) Kosten der Anordnung/des Beitritts	148
	b) Verfahrenskosten	150
	c) Kosten des Zuschlags	155
	8. Rechtsbehelfe	156
	a) Rechtsbehelfe der Gemeinde bei Ablehnung des Antrags	156
	b) Rechtsbehelf gegen den Kostenansatz	
	c) Rechtsbehelf des Schuldners	157

Kapitel D

Eins	Einstellung, einstweilige Einstellung, Fortsetzung und Aufhebung des Verfahrens		
l.	Einstweilige Einstellung bei nur angemeldeter Forderung	160	
II.	Einstweilige Einstellung bei Anordnungs- oder Beitrittsbeschluss 1. Schuldnerantrag auf einstweilige Einstellung gem. § 30a ZVG 2. Einstellungsbewilligung	161 166 167	
III.	3. Wen sollte die Gemeinde ablösen?4. Wie erfolgt die Ablösung?5. Rechtsfolgen der Ablösung	170 171 171 172	
	Kapitel E Gemeinde im Versteigerungstermin		
I.	Vertretung der Gemeinde gegenüber dem Gericht	175	
II.	Letzte Frist für die Anmeldung	178	
III.	Abweichende Versteigerungsbedingungen	178	
IV.	"Zuzahlungsbetrag" für ein bestehenbleibendes Recht	180	
V.	Ersatzbetrag für ein erlöschendes Recht	181	
VI.	Ablösung der Gemeindeforderung durch einen Gläubiger 1. Was muss gezahlt werden? 2. Folge der Ablösung 3. Zahlung an das Gericht	182 183	
VII.	Schuldner-Zahlung und freihändiger Verkauf	184	

VIII.	Versteigerung mehrerer Grundstücke	187
	1. Allgemeines	187
	2. Gesamtausgebot	187
	3. Gruppenausgebot (§ 63 Abs. 2 ZVG)	187
IX.	Sicherheitsverlangen	189
	1. Kann die Gemeinde vom Bieter Sicherheit fordern?	189
	2. Wie verlangt man Sicherheit?	190
	3. Verfahren beim Antrag auf "erhöhte Sicherheit"	191
	a) Vorbemerkungen	191
	b) Wie wird verfahren?	192
	c) Zuschlagsentscheidung	193
	4. Sicherungsmittel	193
Χ.	Widerspruch gegen ein Gebot	194
XI.	Versagung des Zuschlags wegen Nichterreichens der 5/10- oder	
	7/10-Grenze (§§ 85a, 74a ZVG)	195
	1. Antragstellung durch Gemeinde	195
	2. Antragstellung durch Dritte	196
XII.	Risiko des § 85a Abs. 3 ZVG	196
XIII.	Ergebnisloser Termin	198
	Kapitel F	
	Zuschlag und Zuschlagsfolgen	
I.	Erteilung des Zuschlags	201
II.	Was bewirkt der Zuschlag?	201
	1. Eigentumserwerb durch den Ersteher	
	2. Laufende Grundsteuern	
	3. Einmalige öffentliche Lasten	203
	4. Nachveranlagte Grundsteuer	204
	a) Fälligkeit der nachveranlagten Grundsteuer vor der ersten	
	Beschlagnahme	204
	b) Fälligkeit der Grundsteuer nach der ersten Beschlagnahme, aber	
	vor dem Versteigerungstermin	204

	c) Fälligkeit der nachveranlagten Grundsteuer kurz nachVersteigerungstermind) Fälligkeit der nachveranlagten Grundsteuer nach Zuschlag	
III.	Zuschlag und Grundpfandrechte	205 205
IV.	Versagung des Zuschlags	207
V.	Kosten und Rechtsbehelf 1. Gerichtskosten 2. Rechtsbehelf	211
VI.	Abschließende Erledigung	213
	Kapitel G	
	Verteilungstermin	
I.	Verteilung des Erlöses 1. Grundsätze zum Verteilungstermin 2. Gerichtlicher Teilungsplan 3. Erforderliche Anmeldung 4. Erloschenes Recht kein Grundpfandrecht	215216216
II.	Rechtsbehelfe im Teilungsverfahren 1. Formelle Einwendungen 2. Materielle Einwendungen a) Gemeinde als Widersprechende b) Gegen die Zuteilung an die Gemeinde wird Widerspruch erhoben	219 221 221
III.	Gesetzlicher Löschungsanspruch	223223223
	c) Zurückgezahltes Recht bleibt bestehen, Gemeinderecht erlischt	

IV.	Nichtzahlung im Termin	
	1. Allgemein	
	2. Forderung der Gemeinde3. Sicherungshypothek	
	4. Unbedenklichkeitsbescheinigung	
	Kapitel H	
	Zwangsverwaltung	
l.	Allgemein	231
II.	Sinn der Zwangsverwaltung	232
III.	Antrag der Gemeinde auf Zwangsverwaltung	
	 Risiko Alternative zur Zwangsverwaltung 	
IV.	Dritte haben die Zwangsverwaltung beantragt	
	 Was muss die Gemeinde wissen und beachten? Unterschied zwischen "Aufwendungen" und "Forderungen" 	
V.	Anordnung des Verfahrens und Wirkung der Beschlagnahme	239
VI.	Zwangsverwalter	241
	1. Stellung und Aufgaben des Zwangsverwalters	241
	2. Haftung des Zwangsverwalters	245
VII.	Vorschüsse in der Zwangsverwaltung	246
	1. Vorbemerkungen	
	2. Vorschüsse zur Erhaltung/Verbesserung des Grundstücks	
	 Vorschüsse zur Weiterführung der Zwangsverwaltung	
VIII.	Verteilung der Verwaltungsmasse; Rangklassen	250
	1. Vorwegbefriedigung; Ausgaben der Verwaltung	
	2. Verteilung der Überschüsse	251
IX.	Kosten des Verfahrens	252
	1. Kosten der Anordnung	
	2. Kosten des Verfahrens	253
Χ.	Aufhebung/Einstellung der Zwangsverwaltung	254

Kapitel J Gemeinde und Erbbaurecht

I.	Allgemeines zum Erbbaurecht	
	 Was bedeutet "Erbbaurecht"? Versteigerungsfeste Erbbauzinsreallast 	
II.	Gemeinsame Regelungen für alte und neue Erbbaurechte 1. Anordnung der Zwangsversteigerung 2. Erteilung des Zuschlags 3. Versteigerungsantrag aus einem Grundpfandrecht 4. Heimfallanspruch	259 259 262
III.	Unterschiede zwischen "alten" und "neuen" Erbbaurechten 1. "Gleitklausel" und "Inhalt der Vereinbarung" 2. Schicksal der Reallast in der Zwangsversteigerung	263
IV.	Bereits fälliger Erbbauzins 1. Vollstreckung aus dem Erbbauzins 2. Rang und Rangverlust	265
V.	Erloschener Erbbauzins 1. Erloschene Erbbauzins-Reallast 2. Erloschene Gleitklausel	268
	Kapitel K Teilungsversteigerung	
I.	Allgemeines	275
II.	Verschiedene "Gemeinschaften" 1. Bruchteilsgemeinschaft 2. Gesamthandsgemeinschaft 3. "Kleines" und "großes" Antragsrecht	276 276 277
III.	Pfändung des Anspruchs	278
IV.	Antrag und Voraussetzungen	280
V.	Anordnungsbeschluss und Wirkung der Beschlagnahme 1. Gesamthandsgemeinschaft 2. Bruchteilsgemeinschaft	282

VI.	Geringstes Gebot	282
VII.	Versteigerungs- und Verteilungsverfahren	285
VIII.	Einstellung des Verfahrens	286
	Kapitel L Besonderheiten beim Schuldner	
I.	Vorbemerkungen	289
II.	Schuldner wohnt im Ausland (Adresse bekannt)	292
III.	Anschrift des Schuldners ist unbekannt	293
IV.	Schuldner ohne Vertreter 1. Minderjährige als Schuldner 2. "Juristische Personen" als Schuldner	294
V.	Grundstückseigentümer verstorben – Zwangshypothek?	295 296
VI.	Verstorbener Grundstückseigentümer – Zwangsversteigerungsantrag? . 1. Erblasser ist Vollstreckungsschuldner	298 298 299 301
VII.	Grundstückseigentümer unbekannt 1. Bestellung eines Vertreters 2. Weitere Erledigung	301
VIII.	Grundstückseigentümer in der Insolvenz	304

	 Verfolgung der persönlichen Forderung Verfolgung des Absonderungsrechts Freigabe durch den Insolvenzverwalter 	307
	Kapitel M Besondere Vollstreckungsobjekte	
l.	Bruchteile	315
II.	Wohnungseigentum 1. Allgemeines	316 318 318 319 321 321 322
III.	Bewegliche Gegenstände und Immobiliarvollstreckung	324
IV.	Zwangsvollstreckung bei herrenlosen Grundstücken	325
l.	Landesrechtliche Bestimmungen über die Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen	329
II.	Übersicht über Gebühren-/Kostenbefreiung bei den Gerichten	335338341
	C Ersuchen um Eintragung einer Zwangssicherungshypothek an mehreren Grundstücken eines Schuldners	342

E	Ersuchen um Eintragung einer bedingten Zwangssicherungs-	
	hypothek	346
F	Antrag auf Zulassung des Beitritts aus einer zugunsten der	
	Gemeinde eingetragenen Zwangssicherungshypothek	348
G	Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung eines Grund-	
	stücks für privilegierte und nicht privilegierte Forderungen	350
Н	Antrag auf Anordnung einer Zwangsversteigerung wegen	
	privilegierter Forderungen und mehreren Grundstücken	352
J	Anmeldung einer privilegierten Forderung zum Zwangs-	
	versteigerungstermin	354
K	Anmeldung zum Verteilungstermin (schließt an die Anmeldung	
	Muster J an)	355
Stichwo	ortverzeichnis	357